



Falscher »Ankerplatz«

Im Wortlaut, 27. April 2012

Der NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestags begann mit Zeugenvernehmung

Von René Heilig

Der sogenannte NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages hatte am Donnerstag drei bayerische Ermittler und einen Staatsanwalt vorgeladen. Die grundsätzliche Frage lautete: Wieso führten die umfangreichen Ermittlungen in der Mordserie an Kleinunternehmern türkischer und griechischer Herkunft nicht zu den Tätern im Neonazi-Milieu?

Die Zahlen sprechen für Engagement. Die bayerische Sonderkommission »Bosporus« sowie ihre Vorgänger und angeschlossenen Kommissionen haben rund 32 Millionen Daten ausgewertet, sind 3500 Ermittlungsspuren gefolgt, haben rund 112 000 Personen überprüft, 16 Millionen Funkzellen-, 13 Millionen Kreditkarten-, 60 000 Verkehrsdaten überprüft. Hinzu durchforstete man 27 000 Hotelbuchungen sowie rund eine Million Mietwagenrechnungen. Man kümmerte sich, um die Pausen in der Mordserie zu erklären, auch um 900 000 Haftzeitdaten einschließlich Hafturlaub und

Krankenhausaufenthalt. Die Kriminalisten spürten dem Verbleib hunderter Ceska83-Pistolen nach. Von dem Typ waren zwischen 1983 und 2000 im Nachbarland Tschechien rund 160 000 produziert worden.

Dichter als Wolfgang Geier und seine Untergebenen von der Besonderen Aufbauorganisation (BAO) »Bosporus«, der späteren Soko, war niemand den Tätern vom Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) auf der Spur!

Bis zum »Mord Nr. 4« sei man der Theorie gefolgt, dass eine Organisation hinter den Morden stecke. Doch nachdem man alle Spuren zur Organisierten Kriminalität quer durch Europa ausgeleuchtet hatte, kamen die Profiler auf einen anderen Gedanken. Man machte sich an die Spur 195. Nach einer zweiten Fallanalyse suchte man auch nach »missionsgeleiteten Männern«, die »Wut auf türkische Männer« in sich tragen. Sie mussten zwischen 22 und 28 Jahren alt sein, eine Affinität zu Waffen haben, vielleicht in einem Schützenverein trainieren, »Kontakte zur rechten Szene« haben oder selbst aus ihr hervorgegangen sein. Kurz, man suchte Neonazis, die »ihr eigenes Ding« durchziehen: »Taten statt Worte.«

Er, so unterstrich Geier, »habe den fremdenfeindlichen Hintergrund der Taten präferiert«. Damit lag er, wie man heute weiß, richtig. Sogar die Tatsache, dass die Täter Fahrräder benutzten, bezog man in die Suche nach ihnen ein. So kümmerte man sich auch um das Nagelbombenattentat in Köln, und sein »kriminalistisches Bauchgefühl habe ihm angeraten, den 2007 begangenen Mord an der Polizistin Michèle Kiesewetter in Heilbronn nicht aus dem Blick zu verlieren, sagte Geier. Nur mit einer Vermutung lagen die Kriminalisten aus Franken daneben. Sie gingen von einem »Ankerplatz in Nürnberg« aus, nahmen an,

dass der oder die Täter dort eine Wohnung oder eine Bleibe hätten, von der sie Mordzüge quer durch Deutschland unternehmen.

Seltsam waren manche Reaktionen auf diesen neuen Fahndungsansatz. Das Bundeskriminalamt (BKA), dem Geier die bundesweite Jagd nach den Mördern mehrfach übertragen wollte, weil er eine »zentrale Ermittlungsführung« für notwendig hielt, lehnte diese Unterstützung ab. In der Öffentlichkeit, so einigte man sich 2006 auf höheren Ebenen, wollte man nichts über diese Neonazi-Spur verlauten lassen: »Was hätte das ausgelöst, wenn wir gesagt hätten, da fahren Neonazis durchs Land und knallen Ausländer ab ...« Dann hätte sich womöglich auch der Generalbundesanwalt der Sache annehmen müsse. So beließ man die Ermittlungen in Franken. Dabei waren die Möglichkeiten der Ermittler bereits 2004 erschöpft.

Ja, so bestätigte Geier, man habe sich »allein gelassen gefühlt«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz antwortete nicht, als die Soko um einen Ansprechpartner bat. Man habe gehofft, das Landesamt in Bayern nutze seine Kontakte in den Nachrichtendiensten. Doch als es selbst um Auskünfte gefragt wurde, schob man »Datenschutz« vor und übermittelte erst acht Monate nach der kollegialen Anfrage eine Namenliste von Neonazis aus Nürnberg. Andere Angaben der Verfassungsschützer waren mal in den 80er Jahren aktuell.

Die Polizei hat am Donnerstag Wohnungen und andere Räume in in Hessen, Thüringen und Sachsen durchsucht. Es ging vor allem um die Herkunft der NSU-Waffen.

neues deutschland, 27. April 2012

